

3738 in die Protokolle der Nationalräte XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1924/J

1991 -11- 12

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Leiner, Rieder, Schwarzenberger
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke im
Gemeindegebiet Puch in Salzburg
(Regionalanliegen Nr. 58)

Die Siedlungsgebiete der Salzburger Gemeinde Puch werden durch die neue Bahntrasse durchschnitten. Landschaftlich hat die Gemeinde dadurch zwar gewonnen, an Lebensqualität jedoch viel eingebüßt. Durch die Erhöhung der Geschwindigkeit von 70 auf 140 km/h und die höhere Zugfrequenz ist die Lärmentwicklung beiderseits der Bahn für die Anrainerbevölkerung zu einer enormen Belastung geworden. Bemühungen der Gemeinde mit den Österreichischen Bundesbahnen eine Lösung zu finden, blieben bisher erfolglos. Die mangelnde Bereitschaft der ÖBB, die unbedingt erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen, vergrößert in weiten Teilen der Bevölkerung von Puch den Unmut gegen die Bahn. Da die ÖBB auf eine positive Einstellung der Bevölkerung zum weiteren Infrastrukturausbau in den nächsten Jahren angewiesen sein werden, ist eine derartig ablehnende Haltung zu notwendigen Lärmschutzmaßnahmen langfristig auch für das Unternehmen äußerst schädlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Warum wurde nicht bereits beim Bau der neuen Bahntrasse durch das Gemeindegebiet von Puch auf die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen Bedacht genommen?

- 2 -

2. Gibt es seitens der ÖBB bzw. des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aktuelle Planungen für die Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen entlang der Bahntrasse im Gemeindegebiet von Puch?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wenn nein zu Frage 2, bis wann werden derartige Planungen erstellt sein?
5. Sind Sie persönlich bereit, das von Ihnen zugesagte Gespräch mit Vertretern der Gemeinde bzw. der von der Lärmbelastung betroffenen Bevölkerung zur Lösung dieses Problems in nächster Zeit zu führen?
6. Wenn nein, warum nicht?